

Olympia in der Sackgasse

Die westliche Welt zeigt den Winterspielen die kalte Schulter. Das IOK weiss, dass es reagieren muss. Doch Eigeninteressen blockieren den Reformprozess. Von Daniel Germann

Es hätte der erste Höhepunkt auf dem Weg zu den Olympischen Winterspielen 2022 werden sollen, stattdessen wurde es zur Farce. Die drei verbliebenen Bewerber wurden vom Internationalen Olympischen Komitee (IOK) am Montag allesamt zu offiziellen Kandidaturen erklärt, die ab sofort mit den Ringen werben dürfen. Der Zwischenschritt, der einst eingeführt worden war, um chancenlose Anwärter vor den immer höher werdenden Kandidaturkosten zu bewahren, wird zum Papiertiger. Der IOK-Präsident Thomas Bach sagte: «Wir sind sehr glücklich, die Auswahl zwischen drei verschiedenen Zugängen zu haben.» Es war ein hilfloser Versuch der Schadensbegrenzung. Denn für die Spiele 2022 bewerben sich: Peking, der chinesische Moloch, der für alles andere als eine unberührte Winterlandschaft steht, das zentralasiatische Almaty, über das die autokratische kasachische Regierung ihr angeschlagenes Renommee verbessern will, und die norwegische Hauptstadt Oslo.

Der Entscheid in gut einem Jahr an der Session in Kuala Lumpur hätte auch zwischen München, Stockholm und der gemeinsamen Kandidatur von Davos und St. Moritz fallen können. Doch einer nach dem anderen zog sich aus dem Rennen zurück. Im Kanton Graubünden und in München stoppten die Stimmbürger die olympischen Pläne; in Stockholm versagte das Parlament den Initianten die nötigen finanziellen Garantien. Nun bleibt nur noch eine Kandidatur im Rennen, die – zumindest nach westlichen Massstäben – die Anforderungen als würdige Kulisse eines der wichtigsten Sportanlässe erfüllt: Oslo. Doch auch im sportbegeisterten Norwegen mehrte sich der öffentliche Widerstand. In der letzten konsultativen Umfrage standen noch 36 Prozent der Norweger hinter den Plänen.

Das Imageproblem des IOK

Sollte die norwegische Regierung im Herbst beschliessen, der Kandidatur die Unterstützung zu verweigern und damit auch Oslo aus dem Rennen zu nehmen, wäre das Desaster für das IOK perfekt. Bach ist deshalb vor wenigen Wochen nach Norwegen gereist, um für die Spiele zu werben. Er garantierte den Veranstaltern finanzielle Unterstützung in der Höhe von 750 Millionen Dollar und wies gleichzeitig darauf hin, dass die letzten Veranstalter allesamt einen Gewinn eingestrichen haben. Zuletzt bei den Spielen im Februar in Sotschi soll der

Überschuss gegen 200 Millionen Dollar betragen haben. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Denn den Veranstaltungskosten standen in Russland Investitionen in der Höhe von 50 Milliarden Dollar gegenüber. Längst nicht alle der gebauten Strassen oder Bahnverbindungen standen in direktem Zusammenhang mit den Spielen. Trotzdem schreckt diese Summe die Stimmbürger in den funktionierenden Demokratien Westeuropas ab.

Das IOK hat ein Imageproblem. Es kämpft nicht nur gegen die ständig wachsenden Kosten der Spiele, sondern auch gegen den Ruf, käuflich zu sein. Deshalb mehren sich innerhalb der Organisation die Einsicht und die Selbstkritik. Der IOK-Exekutivdirektor Gilbert Felli gibt zu: «Wegen der Art, wie wir wahrgenommen werden, haben wir gute Kandidaten verloren. Wir tragen die Schuld dafür selber.»

Die verpasste Schweizer Chance

Auch die Bewerbung von Davos und St. Moritz ist letztlich am schlechten Image des IOK gescheitert. Die Bündner Wintersportstationen hätten der olympischen Bewegung jenes Konzept geboten, das sie mehr braucht als je zuvor: finanziell überschaubare Spiele in einer intakten Winterlandschaft. Die direkten Investitionen in die Spiele betragen gemäss erstem Budget 2,5 Milliarden Franken. Eine zusätzliche Milliarde wäre für die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur nötig gewesen.

Der Norweger Gerard Heiberg sagt: «Die Menschen glauben, heute sei es zu teuer, Olympische Winterspiele zu veranstalten. Falls sich Oslo zurückziehen muss, ist das für das IOK ganz schlecht.» Heiberg war nicht nur der Kopf der erfolgreichen Spiele 1994 in Lillehammer, er ist auch IOK-Mitglied. Wie der Schweizer Gian-Franco Kasper gehört er zu jener Fraktion, die sich für eine Redimensionierung der Winterspiele und die Rückkehr in den Schnee ausspricht. Der überwiegende Teil von Heibergs und Kaspers Kollegen aber kommt aus Sommersport-Nationen und vertritt andere Interessen. Diese Mitglieder orientieren sich bei ihren Entscheidungen weniger an den ursprünglichen Idealen als am alten Motto der Spiele: «schneller, höher, stärker». Dabei aber zählen nicht mehr die Leistungen der Sportler, sondern die Umsätze, die die olympische Maschinerie generiert. Dabei übersehen sie, dass sich die Maschine längst überhitzt hat. 2022 könnte es ein böses Erwachen geben.

Mit oder gegen China?

Amerikas Verhältnis zu China schwankt zwischen Kooperation und Rivalität. Einem dezidierten Gegenpol sieht sich das Reich der Mitte nicht gegenüber. Von Beat U. Wieser

China übt den militärischen Ernstfall gemeinsam mit den USA. Zum ersten Mal nimmt die Volksrepublik in diesen Tagen am von Amerika durchgeführten weltweit grössten internationalen Seemanöver im Pazifik teil. «Rim of the Pacific» oder «Rimpac» nennt sich die Übung bei Hawaii und vor Kalifornien. Es sind Anrainerstaaten des Pazifischen und des Indischen Ozeans, aber auch Frankreich, Grossbritannien, Norwegen und die Niederlande dabei. Mitten in dieser erlauchten westlichen Gesellschaft kreuzt nun auch China auf, mit einer Fregatte, einem Zerstörer, einem Versorgungs- und einem Spitalschiff.

Inselstreit als gefährliches Machtspiel

Das ist insofern bemerkenswert, als diese seit 1971 abgehaltenen Manöver unter anderem immer auch den Fall einer chinesischen Invasion auf Taiwan anvisiert haben. Bisher hat Peking diese Übungen denn auch als eine gegen die Volksrepublik gerichtete Aktion der Amerikaner gesehen. Wenn China nun in die Manöver integriert ist, so signalisiert das Bereitschaft zu sino-amerikanischer Kooperation.

Dass aber zwischen Amerika und dem Reich der Mitte trotzdem die Rivalität überwiegt, zeigt eine andere eben durchgeführte Übung der US Navy mit den philippinischen Seestreitkräften. Vor Subic Bay, dem wiederbelebten einst grössten Flottenstützpunkt der USA ausserhalb ihres eigenen Territoriums, fand vor wenigen Tagen ein Manöver statt, das sich «Cooperation Afloat Readiness and Training» oder «Carat» nennt. Subic Bay ist nicht allzu weit entfernt vom Scarborough-Riff, um das sich die Philippinen und China heftig streiten. Auch wenn weder seitens der Philippinen noch der USA ein Zusammenhang mit dem Territorialkonflikt um Scarborough hergestellt wird, haben solche Übungen dennoch mit der strategischen Gesamtlage in der Region und damit auch mit diesem Inselstreit zu tun.

Im Südchinesischen und Ostchinesischen Meer liegt eine ganze Reihe von Zankäpfeln, um die sich die verschiedensten Anrainerstaaten vor allem aus wirtschaftlichen Gründen seit langem balgen. Es handelt sich um kleine, meist unbewohnte Inseln und Felsen, in deren Umgebung es reiche Fischgründe gibt oder wertvolle Rohstoffe vermutet werden. In den letzten Jahren sind diese eher lokalen Streitereien vor allem vom aufstrebenden China, aber auch von Japan und den anderen beteiligten Ländern zu Symbolen der konkurrierenden Machtansprüche im ostasiatischen Raum hochstilisiert worden. Heute sind die zum Teil skurrilen Auseinandersetzungen Ersatzhandlungen für den grossen

Kampf um die Vorherrschaft in der Region. Solche Spiele in einer wirtschaftlich potenten und entsprechend hochgerüsteten Weltgegend, die die mässige Wirkung multilateraler Strukturen nur am Rande kennt, sind gefährlich. Entsprechend ist die latente Kriegsgefahr in Ostasien gewachsen, ohne dass wirklich ein handfester Anlass bestand.

Chinas territoriale und machtpolitische Ansprüche, die es deutlich artikuliert, fordern die anderen Länder der Region und die USA heraus. Doch das Amerika Obamas vermag trotz der Rhetorik einer «Hinwendung zu Asien» nicht klar Stellung zu beziehen. Wegen der vielfältigen wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten scheint sich Amerika permanent zu fragen, ob die Zukunft Ostasiens mehr mit den Chinesen oder doch eher gegen diese gestaltet werden soll. Die Erwartungen in der Region an die USA als Schutzmacht sind gross, da die meisten Länder sich bedrängt fühlen vom selbstbewusster werdenden Reich der Mitte. Andererseits lockt dauernd der chinesische Markt. Kooperation und Rivalität – beides findet derzeit statt im sino-amerikanischen Verhältnis, wie die jüngsten Seemanöver belegen. Sicherer Auftreten zeigt dabei aber einzig die Volksrepublik, die aus ihrer Überzeugung, die künftige ostasiatische Vormacht zu sein, kein Hehl macht.

Der Gegenpol muss kohärent sein

Ohne Verbündete in der Region können die USA die von ihnen verlangte Rolle eines Gegenpols zu China nicht spielen. Amerikas engste Freunde, Japan und Südkorea, sollten deshalb im grösseren politisch-strategischen Interesse ihre alten Feinden über historische Themen endlich begraben. Doch Japan vermag seine Kriegsvergangenheit nicht überzeugend aufzuarbeiten, und Südkorea wühlt häufig und gerne in dieser Wunde. Überdies bandelt Seoul wirtschaftlich zunehmend mit Peking an, das es gut versteht, Keile in Allianzen zu treiben. Immerhin beginnt Japan, seine extreme militärische Selbstbeschränkung vorsichtig zu lockern und damit vielleicht endlich seine sicherheitspolitische Verantwortung angemessen wahrzunehmen. Mit einem neuen Militarismus, wie von China vorgeworfen, hat das nichts zu tun, denn Japan hat sich längst als verlässliches und friedfertiges Mitglied der Staatenwelt bewiesen.

Nur ein kohärenter Gegenpol kann verhindern, dass China zu einem gefährlichen Selbstläufer wird. Andernfalls hat Peking, das im politischen Diktat bestens geübt ist, wenig Veranlassung zu Dialog und Kooperation.

Rückenschmerzen – die teure Behandlung ist selten die beste

Rückenprobleme plagen jeden Zweiten mindestens einmal im Jahr, sind aber meist unspezifisch und harmlos. Würde man bei ihrer Behandlung stärker auf Physiotherapie setzen, liessen sich die Kosten erheblich eindämmen. Von Hannu Luomajoki

Volkskrankheiten belasten das Gesundheitssystem, allen voran die Rückenschmerzen. In der Schweiz schlagen sie mit jährlich 3,4 Milliarden Franken zu Buche. Rechnet man die Folgekosten – Arbeitsausfälle oder Invalidität – hinzu, beläuft sich die Summe auf 8 Milliarden Franken. Das sind pro Einwohner 1000 Franken im Jahr.

Wie ein Schnupfen

Laut Studien leidet jede zweite Person mindestens einmal im Jahr an Rückenschmerzen. Damit sind Rückenprobleme etwa gleich häufig wie Erkältungskrankheiten. 90 Prozent der Beschwerden klingen nach zwei bis vier Wochen spontan wieder ab. Auch hier liegt der Vergleich zum Schnupfen nahe. Während Betroffene sowie Ärztinnen und Ärzte das Niesen und Schnäuzen jedoch duldsam hinnehmen – das Gehirn wird wohl nicht gleich aus der Nase tropfen –, denken sie bei Rückenschmerzen schnell an das Schlimmste.

Die Schwarzmalerei ist unbegründet: Rückenschmerzen gehören einfach zum Leben. Eine Diagnose zu stellen, ist oft nicht möglich. 90 bis 95 Prozent der Beschwerden sind unspezifisch und lassen sich auf keine strukturelle Ursache zurückführen. Damit sind sie eigentlich gar kein medizinisches Problem – ein ökonomisches allerdings schon. Weshalb verursachen Rückenschmerzen so hohe Kosten? Wahrscheinlich, weil unser Gesundheitssystem uns alle zu wachsamem Bürgerinnen und Bürgern erzogen hat. Wenn etwas Schmerzen be-

reit, ist auch etwas kaputt, denken wir und machen uns, von Ärzten und Maschinen unterstützt, auf die Suche nach den Ursachen. Das hat seinen Preis: Eine Magnetresonanztomografie kostet um die 1000 Franken. Die grössten Kosten verursachen Patientinnen und Patienten, deren Leiden chronisch werden, sie machen zehn Prozent aller Betroffenen aus. Nicht selten liegt der Grund für die Chronifizierung darin, dass ihnen mit unbedeutenden Befunden Angst eingejagt wird.

Studien in namhaften medizinischen Fachzeitschriften verglichen Röntgenbilder von Rückenschmerzpatienten mit solchen von Gesunden. Das Fazit war stets dasselbe: Zwischen den Aufnahmen gibt es keine Unterschiede. Bandscheibenschäden beispielsweise sind bei schmerzfreien Personen gleich häufig zu erkennen wie bei Patienten mit Rückenschmerzen. Und unter zwanzigjährigen Rekruten weist jeder Zweite degenerative Veränderungen an der Wirbelsäule auf; pathologische Befunde sind also nichts Ungewöhnliches. Das heisst: Was ein Arzt mittels bildgebender Verfahren möglicherweise entdeckt, bietet keine zwingende kausale Erklärung für ein Leiden. Eben dieser Zusammenhang wird aber oft hergestellt. Die Befundaufnahme an einem Tag, an dem der Patient Rückenschmerzen hat, wird als Ursache für seine Beschwerden gedeutet. Doch einen Monat früher, als noch keine Schmerzen da waren, hätten die Aufnahmen höchstwahrscheinlich gleich ausgesehen. Medizinische Leitlinien sprechen eine klare Sprache: Bildgebende Verfahren sind in den ersten zwei Monaten, in denen Rückenschmerzen

auftreten, nicht nötig. Dennoch werden sie sehr häufig eingesetzt und fördern Resultate zutage, die die Patienten verunsichern und verängstigen, anstatt Klarheit zu schaffen. Ebenso sind in den meisten Fällen Injektionen und Operationen nicht nötig. Gerade Bandscheibenvorfälle werden nach wie vor zu oft operiert – ein Eingriff, der bei 90 von 100 Patienten überflüssig ist. Die konservative Behandlung mit Physiotherapie und Rückenübungen zeigt langfristig gleich gute oder sogar bessere Ergebnisse und ist bedeutend billiger. Für den Preis einer Operation liessen sich im Durchschnitt 400 Physiotherapie-Sitzungen finanzieren.

Den Spiess umdrehen

Der überwiegende Teil aller Rückenschmerzen ist funktionell bedingt und muss auch entsprechend untersucht werden. Die internationalen Leitlinien empfehlen, Patienten seriös klinisch abzuklären und sie zu beruhigen, dass Rückenschmerzen in der Regel nichts Gefährliches sind. Doch Untersuchungen funktionell bedingter Schmerzen brauchen Zeit. Sorgfältig durchgeführt dauern sie 30 bis 45 Minuten. Welchem Arzt steht so viel Zeit zur Verfügung? Ein Arzttermin dauert im Durchschnitt 5 bis 10 Minuten. Das reicht, um eine Röntgenverordnung zu schreiben und ein Rezept für die Apotheke auszustellen. Kommt hinzu, dass Untersuchungen funktionell bedingter Leiden nicht unbedingt zu den ärztlichen Kernkompetenzen gehören – Rheumatologen und Manualmediziner bil-

den hier eine Ausnahme. Physiotherapeutinnen und -therapeuten hingegen haben die Zeit und die Kenntnisse, um nichtspezifische Rückenschmerzen zu untersuchen und zu behandeln. Zur Therapie gehören eine individuelle Beratung, Übungen, Tipps dazu, wie man mit Rückenschmerzen umgeht und wie man sie loswerden kann.

Weshalb denken wir nicht um und schicken Menschen mit Rückenschmerzen zuerst zum Physiotherapeuten? Dieser kann die 5 bis 10 Prozent der Patienten, die in Verdacht stehen, eine medizinische Diagnose aufzuweisen – etwa eine Nervenwurzelläsion, ein zu enger Spinalkanal oder eine Fraktur –, immer noch an den Arzt weiterverweisen. Internationale Studien belegen, dass Physiotherapeuten die dazu notwendigen Fähigkeiten haben, dass Patienten, Ärzte und Therapeuten mit diesem Vorgehen zufriedener sind und dass massiv Kosten gespart werden. Denn Physiotherapeuten können keine teuren Untersuchungen und Massnahmen verordnen. Wissenschaftliche Erkenntnisse liegen übrigens auch zur Behandlung von Knie- und Schulterproblemen vor. Sie zeigen, dass Physiotherapie ebenso effektiv ist wie eine Operation, aber bis zu zwanzigmal günstiger. Schweizerinnen und Schweizer sind bereit, für ihre Gesundheit viel auszugeben. Doch weshalb sollen sie für etwas teuer bezahlen, was auf bedeutend günstigerem Weg zum gleichen Resultat führt?

Hannu Luomajoki ist Leiter des Studiengangs «Master of Advanced Studies in Muskuloskeletaler Physiotherapie» am Departement Gesundheit der ZHAW. Er führt eine Physiotherapiepraxis in Winterthur.